

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 12 (1932-1933)  
**Heft:** 9

**Artikel:** Die amerikanischen Präsidentenwahlen  
**Autor:** Wolfer, Ernst  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-157547>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Im übrigen gewärtige ich, ob die „Neue Zürcher Zeitung“ die „grundlegende These“ der gelben Hefte, nämlich die wirklich von ihnen aufgestellte und nicht die ihr fälschlicherweise zugeschriebene, zu widerlegen unternimmt. Gelingt ihr die Widerlegung, so bin ich, das liegt schon in meinem Berufe, selbstverständlich stets bereit, der besseren Einsicht der Anderen ohne Widerrede zu folgen.

## Die amerikanischen Präsidentenwahlen.

Von Ernst Wolfer.

Das Ergebnis der amerikanischen Präsidentenwahlen kam nicht unerwartet. Überraschend aber war der Umfang des demokratischen Wahlsieges vom 8. November. Sowohl das Mehr an Volksstimmen, wie das Mehr an Elektorsstimmen übertrifft die bisherigen Rekorde. Gegenüber der Wahl vor vier Jahren bedeutet das diesjährige Ergebnis einen Erdbebenstoß von einem Drittel der Gesamtstimmen von der republikanischen zur demokratischen Partei. Von 48 Staaten stehen dies Jahr 42 auf Roosevelts Seite, wobei es dieses Jahr den Demokraten sogar gelang, einige Stücke aus dem traditionell-soliden republikanischen Block der New-England Staaten herauszubringen. Und trotzdem war diesmal eine Wahlprognose durchaus nicht leicht. Noch einen Monat vor den Wahlen wurde die Frage ernsthaft diskutiert, ob New York, ein meist republikanisch wählender Staat, diesmal zu Hoover oder Roosevelt stehen würde; die Wahlen brachten dem demokratischen Kandidaten ein Riesenmehr von über 600,000 Stimmen. Das gleiche geschah im meist ebenso republikanischen Californien, Hoovers Wahlheimat. Die demokratische Springflut fegte auch eine riesige Zahl von republikanischen Inhabern von Governorposten, Staats-, Distrikts-, County- und Gemeindeämtern hinweg und setzte an deren Stelle Demokraten. Das Repräsentantenhaus erhält eine noch nie gesehene demokratische Mehrheit und die Ergebnisse der Wahlen in den Senat geben den Demokraten auch dort die sichere Kontrolle. Einige berühmte und würdige Mitglieder des Senates sind den Wahlen zum Opfer gefallen, so Senator Moses in Rhode Island, der dem Senat bereits 30 Jahre angehörte, und Senator Smoot aus Utah, der Mitverfasser des berühmten Hawley-Smoot-Zolltarifes.

„Es muß anders werden“ war der Grundton, der die Wahlen beherrschte. Die Wirtschaftskrise, die über der Welt steht und diesmal auch Amerika packte, fand das amerikanische Volk im Zustand rosigsten Prosperithglaubens. Die bisherige Entwicklung schien ständig zunehmenden

Wohlstand und Reichtum zu versprechen. Der Umbruch traf ein geistig völlig unvorbereitetes Volk, das in seinem Optimismus von Grund auf erschüttert wurde und der neuen Aufgabe, sich unter den Bedingungen einer gegebenen Knappheit organisch einzurichten, hilflos gegenübersteht. Das amerikanische Volk tat, was jede Masse unter solchen Umständen tut: es suchte einen Sündenbock. Und es fand ihn in Hoover und seiner Politik, vor allem der Schutzzollpolitik. Die Worte Roosevelts vom „forgotten man“ und vom „new deal“, das er dem Volk versprach, tönnten wie Evangelium. Hoover versuchte umsonst, dem Volke begreiflich zu machen, daß einzig eine konsequent fortgesetzte Schutzzollpolitik wenigstens den Inlandsmarkt zu schützen vermöge und daß die unerfreulichen Verhältnisse auf den ausländischen Märkten auf Faktoren wirtschaftlicher und vor allem politischer Art zurückzuführen seien, deren Besserung nur in geringem Maße in der Macht des amerikanischen Präsidenten stehe. Roosevelt fand willige Ohren, als er die amerikanische Hochschutzzollpolitik für die als Vergeltungsmaßnahmen errichteten Zollmauern in der übrigen Welt verantwortlich machte und Hoover wegen seiner passiven Haltung gegenüber den schlechten Verhältnissen in Amerika angriff. Das Wahlergebnis bedeutet denn auch weniger ein eigentliches Zutruuensvotum für Roosevelt, als viel eher eine Mißtrauenskundgebung gegen Hoover. „Wenn es einen wirklichen Fortschritt in unabhängigem Denken bedeuten würde, wäre das Ergebnis ein gutes Omen. Bedauerlicherweise ist es aber mehr auf gefühlsmäßige Erregung als auf Überlegung zurückzuführen“ (New York Times).

Roosevelt machte eine Reihe positiver Verbesserungsvorschläge für eine Hilfe für die Farmer, zur Sanierung des gefährdeten Eisenbahnwesens, zur stärkeren behördlichen Regelung und Kontrolle der Energiewirtschaft. Er versprach eine Herabsetzung der Regierungsausgaben um 25 % (ein Versprechen, das in weitesten Kreisen als „hocub“ betrachtet wird) und eine Reduktion der drückenden Steuern durch Verkauf von besteuertem Bier. Im Ganzen machten seine Reden einen etwas unbestimmten, nach allen Seiten schillernden Eindruck, während Hoovers politische Richtlinien deutlicher waren. Andererseits war Roosevelt viel der Angriffsere und Initiativere, während Hoover eher passiv erschien und starr an einem „ausgerangierten politischen Credo“ festhielt.

Im allgemeinen spielten im diesjährigen Wahlkampf nicht eigentlich tiefgreifende sachliche Verschiedenheiten zwischen den beiden Parteien eine entscheidende Rolle. Die Fronten gingen wirr durcheinander. Überhaupt sind die amerikanischen Parteien Sammelbecken für Verschiedenartigstes. Alle möglichen Dinge spielen bei einem Entscheid eine Rolle, wie lokale und regionale Interessen, Rasse, Überlieferung, Temperament, Vorurteile u. s. w., die sich in den verschiedenen Landesteilen in allen Richtungen überschneiden. Die Parteien sind nicht durch objektive Merkmale gekennzeichnet, wie in Europa. Die einzige sichere Scheidung ist die, daß der Südosten sicher demokratisch, einige Staaten im Nordosten republikanisch wählen.

Die beiden Parteien mit ihren wohl durchorganisierten Partei-  
maschinen sind eigentlich nur zwei verschiedene Wege, zu Amt und Macht  
zu kommen, wobei diejenige Partei, die zur Zeit einer Wahl an der Re-  
gierung ist, wegen der weitgehenden Verknüpfung von ökonomischen Inter-  
essen mit Politik einen Vorsprung über die andere besitzt. Das hiesige Zwei-  
parteiensystem gibt andererseits dem Volke die Möglichkeit, seine Unzufrieden-  
heit abzureagieren, indem es zur anderen Partei abschwemmt, wobei sachlich  
im allgemeinen allerdings meist nicht viel geändert wird. Die herrschende  
Partei trägt mit ihrem Präsidenten eine persönliche Verantwortung für die  
eingeschlagene Politik, muß ständig auf die Opposition Bedacht nehmen,  
wenn sie nicht ihre Stellung verlieren will und bezahlt eine ungünstige  
Politik mit dem Verlust aller Stellen. Das amerikanische Wahlsystem ist so  
beschaffen, daß meiner Ansicht nach die Bildung einer dritten Partei auf  
die Dauer unmöglich ist, abgesehen von Minderheitsparteien mit lokaler  
Bedeutung oder vorübergehenden Kristallisierungen. Die Volkswahl des  
Präsidenten mit dem politischen Schwergewicht auf dieser Präsidentenwahl  
begünstigt das Zweiparteiensystem, während unsere Proportionalwahl mit  
Verlegung des Schwerpunktes in die Parlamentswahlen Splitterparteien  
begünstigt und eine verantwortliche Mehrheitspartei verunmöglicht.

Die Prohibition hat während der Wahlkampagne eine geringe Rolle  
gespielt, bis die Frage durch Al Smiths kühne Rede von Newark kräftig  
belebt wurde, als er die Prohibitionisten als „bigott, falsch und heuchlerisch“  
brandmarkte. Smith benützte seine Rede dazu, um ohne Rücksichtnahme auf  
die demokratische Partei seinen Kropf zu leeren und für seine Niederlage  
1928 Abrechnung zu halten. Die Wirkung war zweifelhaft; das demo-  
kratische Hauptquartier war erschrocken und legte Smith für die nächsten  
Reden kräftige Bremsen an. Eigenartigerweise stand nach den Wahlen die  
Prohibition und die Frage einer Änderung des Systems auf einmal im  
Vordergrund, als es sich zeigte, daß ihr Schicksal besiegelt sein dürfte.

Eine Frontenbildung trat besonders klar in die Erscheinung: Pro-  
gressive gegen Konservative. Die Progressiven umfassen eine zahlenmäßig  
starke Wählerschaft der westlichen Staaten und leisten einigen eigenwilligen,  
äußerst angesehenen und tüchtigen Führern treue Gefolgschaft. Sie be-  
kannten sich in den diesjährigen Wahlen einmütig zu Roosevelt. Hiram  
Johnson, ein urwüchziger und selbständiger Senator aus Californien, Se-  
nator Norris aus Nebraska, Senator La Follette, der in Wisconsin die  
Tradition seines Vaters kräftig fortsetzt, der blinde, äußerst kluge Senator  
Gore aus Oklahoma und Senator Cutting aus Kansas, alles progressive  
republikanische Mitglieder des Senates, werben kräftig für Roosevelt und  
wurden von den republikanischen Blättern natürlich als Querköpfe be-  
schimpft. Hoover gab sich äußerst konservativ, wandte sich kräftig gegen  
den „gefährlichen Radikalismus“ Roosevelts und warnte in einer Adresse  
an die American Bar Association, den amerikanischen Juristenverein, vor  
„der Verführung durch falsche Propheten eines tausendjährigen Reiches“

und durch demagogische, undurchführbare und verheerende Regierungstheorien“. Die Republikaner suchten ihr Heil darin, eine gewisse Panikstimmung und Furcht vor einem Regierungswechsel zu wecken. Eine Reihe von großen Unternehmungen waren beschuldigt, ihre Arbeiter und Angestellten in diesem Sinne zu ängstigen. Die Fordwerke erließen an ihre Arbeiterschaft ein Bulletin mit der Feststellung: „Wir sind überzeugt, daß jeder Bruch in Hoovers Programm Industrie und Beschäftigung schädigen würde. Um zu verhindern, daß die Zeiten noch schlechter werden, und um bessere Zeiten herbeizuführen, muß Präsident Hoover gewählt werden.“ (Eigentümlicherweise hat Ford nach der Wahl Roosevelts entdeckt, daß die Wirtschaftspolitik des neuen Präsidenten die Industrie wieder beleben werde.) Roosevelt wandte sich mit Wucht gegen diese Druckversuche und brandmarkte den republikanischen Appell an die vielen Amerikanern tief in den Knochen sitzende Angstlichkeit als „Akte der politischen Verzweiflung“ und „Oktoberhysterie“.

Die diesjährigen Wahlen sind darum grundsätzlich interessant, weil sie wohl den Markstein zu einer neuen Staatsauffassung bilden. Die Vereinigten Staaten beginnen jetzt eine Entwicklung zu wiederholen, die in Europa ihrem Ende entgegengeht. Amerika steht an der Übergangschwelle vom liberalistischen „Nachtwächterstaat“, immer und immer wieder treulich dargestellt in Hoovers Appell an die traditionelle amerikanische Politik, zum liberalen Wohlfahrts- und Interventionsstaat. Roosevelt hat in einer Rede in San Francisco seine Staatsauffassung dargelegt: „Unsere letzte Grenze ist seit langem erreicht und wir haben praktisch kein freies Land mehr. . . Die Tage des großen Finanzmagnaten, dem wir alles gewährten, wenn er nur gründete und ausbaute, sind vorbei. Unsere Aufgabe ist nicht die Entdeckung oder Ausbeutung natürlicher Vorräte oder Ausdehnung unserer Produktion. Es ist die nüchterne, weniger dramatische Aufgabe, die bereits bestehenden Möglichkeiten richtig zu verwalten und die bestehenden wirtschaftlichen Einrichtungen in den Dienst des Volkes zu stellen. . . Nach meiner Auffassung besteht die Aufgabe der Regierung gegenüber der Wirtschaft darin, eine wirtschaftliche „Declaration of rights“ und eine Wirtschaftsverfassung auszuarbeiten. . . Jeder Mensch hat ein Recht, zu leben und ein anständiges Auskommen zu finden. . . Es ist die Pflicht der Regierung, ihm die Möglichkeit zu geben, durch eigene Arbeit für seine Bedürfnisse einen Teil der reichen Vorräte zu erwerben. . . Wir wissen, daß die Einzelwirtschaften nicht bestehen können, wenn die Kaufkraft nicht auf alle Gruppen des Volkes verteilt ist. Darum beschränken gewisse einsichtige Industrien von sich aus ihre Freiheit im Gemeininteresse, und darum verlangt die Wirtschaft eine Organisationsform, die die Dinge ins Gleichgewicht bringt, obschon bis zu einem gewissen Umfang die individuelle Freiheit eingeschränkt wird. . . Neue Verhältnisse verlangen neue Maß-

nahmen von den Regierenden. Wir wissen, daß individuelle Freiheit nichts wert ist, wenn sie nicht in dem Sinne geregelt ist, daß des einen Vorteil nicht des andern Schaden ist.“ Und gegenüber Hoovers Konservatismus ruft er: „Amerika ist frisch. Es ist im Prozeß des Wechsels und der Entwicklung. Es hat die starken Kräfte der Jugend in sich.“

\* \* \*

Europa ist vor allem an den Auswirkungen des demokratischen Wahlsieges auf die Außenpolitik der Vereinigten Staaten interessiert. Die Außenhandelspolitik dürfte wohl auf eine wesentliche Herabsetzung der gegenwärtigen Einfuhrzölle gerichtet sein. Die demokratische Plattform, von Roosevelt „zu 100 % angenommen“, verlangt eine „gründliche Änderung der Wirtschaftspolitik“ und verdammt den Hawley-Smoot-Tarif, „dessen prohibitive Ansätze Vergeltungsmaßnahmen von mehr als vierzig Staaten zur Folge hatten, einen internationalen Wirtschaftskrieg entfesselten, den Welthandel zerstörten, unsere Fabriken ins Ausland trieben, den amerikanischen Farmer des ausländischen Absatzmarktes beraubten und die Produktionskosten erhöhten.“ Die alte grundsätzliche Freihandelspolitik der Demokraten gehört zwar zum alten Eisen; sie treten heute für eine „gemäßigte Schutzzollpolitik“ ein. Aber auch wenn man die Schwierigkeiten, denen Roosevelt begegnen wird, berücksichtigt, so darf man doch eine wesentliche Herabsetzung vieler Ansätze, namentlich für Fabrikate, erwarten, was auch dem Schweizer Export wieder etwas auf die Beine helfen würde.

Sehr schwierig ist es, eine Prognose über die zukünftige Außenpolitik der Union zu machen. Während die republikanische Partei ein einheitlicheres Gepräge zeigt, setzt sich die Flut, die Roosevelt ins Weiße Haus trug, aus sehr heterogenen Elementen zusammen, die sich außenpolitisch im konservativen Demokraten Norman Davis, dem früheren Gesandten in London, und Robert Hearst, innenpolitisch etwa in Al Smith und dem Californier McAdoo, dem Schwiegersohn Wilsons, polarisieren. Die erste Wirkung des Wahlergebnisses ist eine Verschleppung vieler wichtiger Entscheide während der „lame duck season“ bis zum Amtsantritt des neuen Präsidenten am 4. März, den Lausanner Vertrag, die Schuldenfrage, die Abrüstungsfrage und die Stellung Amerikas zu Manchucuo betreffend.

Wie sich die amerikanische Außenpolitik, die sich unter der geschickten Führung Stimson's ziemlich aktiv anließ, unter demokratischem Regime gestalten wird, hängt stark von der Persönlichkeit des neuen Staatssekretärs ab, die heute noch ganz im Ungewissen liegt. Weite demokratische Kreise befürworten eine stärkere Annäherung an den Völkerbund (ein eigentlicher Eintritt Amerikas ist wohl ausgeschlossen) und eine kräftigere Führung Amerikas in der Lösung der gegenwärtigen weltpolitischen Konflikte. Andererseits wirken starke Kräfte gegen jede Beteiligung Amerikas am Völkerbund und am Haager Gerichtshof und für ein Zurückziehen der Union auf ihren Kontinent und ihre eigenen Interessen. Vermutlich dürfte die zukünftige

Haltung Amerikas gegenüber den internationalen Problemen eher passiver werden. Auch gegenüber Japan dürfte Amerika zurückhaltender sein. Man hat hier Stimson in weiten Kreisen den Vorwurf gemacht, er spanne die amerikanischen Kräfte vor den zu schwachen Wagen des Völkerbundes, der für sich unfähig ist, Japan zur Ordnung zu weisen, und lasse Amerika für den Völkerbund die Kastanien aus dem Feuer holen. Stimsons energisches Auftreten gab dem Völkerbund gegenüber Japan eine wesentliche moralische Stärkung, während eine passive Haltung Amerikas in der mandchurischen Frage den Völkerbund auch noch seiner letzten Kraft berauben würde. Amerika dürfte sich wohl wieder stärker auf den Boden der Monroe-doktrin stellen und die demokratische Plattform befürworten denn auch „Zusammenarbeit mit den Nationen der westlichen Hemisphäre zur Aufrechterhaltung des Geistes der Monroedoktrin“.

In der Kriegsschuldenfrage tritt Roosevelt ein bitteres Erbe an. Das amerikanische Volk ist der Meinung, daß eine Reduktion der europäischen Kriegsschulden im eigenen Interesse wohl nicht mehr umgangen werden kann. Andererseits ist es und vor allem die demokratische Partei gegen eine Streichung. Roosevelt sieht die Lösung darin, daß er den europäischen Völkern durch Herabsetzung der Zölle wieder Gelegenheit geben wird, nach Amerika zu exportieren. Der Exporterlös wird dann eine Bezahlung der Schulden ermöglichen. Amerika wird sich also wohl auf alle Fälle am Anfang in der Schuldenfrage nicht zu entgegenkommend zeigen, bis das neue Mittel ausprobiert ist. Dadurch wird aber, dank dem in Lausanne geschlossenen Gentlemen's Agreement, auch die Lösung der Reparationenfrage auf die lange Bank geschoben.

Von Interesse ist sodann die amerikanische Haltung gegenüber Frankreichs jüngstem Vorschlag an der Abrüstungskonferenz. Während Stimson offensichtlich Frankreichs Plan günstig gegenübersteht, ist die Haltung der zukünftigen Regierung zweifelhaft. Die Möglichkeit ist groß, daß auch in diesem Punkt die Union größere Zurückhaltung zeigen wird.